

Sächsisch Staatszeitung

Staatsanzeiger für den Freistaat Sachsen



Erscheint Mittags nachmittags mit dem Datum des folgenden Tages.
Bezugspreis: Unmittelbar oder durch die Postanstalten 5 M. monatlich. Einzelne Nr. 20 Pf.
Fernsprecher: Geschäftsstelle Nr. 21 296, Schriftleitung Nr. 14 574.
Postfachkonto Dresden Nr. 2486.

Ankündigungen: Die 32 mm breite Grundzeile oder deren Raum im Anfündigungsteil 2 M., die 66 mm breite Grundzeile oder deren Raum im amtlichen Teile 4 M., unter Einverständnis 5 M. — Ermäßigung auf Geschäftsanzeigen.
Schluß der Annahme vormittags 10 Uhr.

Zeitweise Nebenblätter: Landtags-Beilage, Synodal-Beilage, Ziehungslisten der Verwaltung der Staatsschulden und der Landes-Kulturrentenbank, Jahresbericht und Rechnungsabluß der Landes-Brandversicherungskasse, Verkaufsliste von Holzplanzen auf den Staatsforstrevieren.
Beauftragt mit der Oberleitung (und pressegesetzlichen Vertretung für den schriftstellerischen Teil): Regierungsrat Doenges in Dresden.

Nr. 202

Mittwoch, 31. August

1921

Besprechungen der Gewerkschaftsverbände mit dem Reichskanzler.

Berlin, 29. August. Wie von gewerkschaftlicher Seite mitgeteilt wird, fanden heute nachmittags im Reichskanzlerhaus Besprechungen von Vertretern des allgemeinen deutschen Gewerkschaftsbundes, des Gewerkschaftsrates deutscher Arbeiter, Angestellte- und Beamtenverbände und des Arbeiterbundes mit dem Reichskanzler statt. Die Vertreter der Gewerkschaften wiesen auf die durch die jüngste Werdat blutig beleuchtete politische Lage hin und schilderten die in den Reihen der Arbeiterschaft vorhandene starke Beunruhigung. Aufschreie gegen die Regierung gegen das Ansehen der Republik und ihre Organe hätten sich ergeben. Gegen Handlungen des Hochverrats, soweit sie von rechts kämen, seien die Organe der Justiz gar nicht oder nur mit außerordentlicher Milde vorgegangen. Die Ermordung Erzberger sei symptomatisch für die politische Atmosphäre. Die Vertreter der Gewerkschaften richteten daher an den Reichskanzler die dringende Aufforderung, zur Beilegung dieser Mißstände in schärfster Weise durchzugreifen. Der Reichskanzler erklärte in seiner Erwiderung, daß er die von den Vertretern der Gewerkschaften vorgebrachten Beschwerden teile. Er begrüßte es, daß die Vertreter der Gewerkschaften sich so entschieden hinter die Regierung stellen wollten, um sie bei der Eicherung der Republik zu unterstützen.

Besprechung der Vertreter beider sozialistischer Parteien.

Berlin, 30. August. Wie der „Vorwärts“ und die „Freiheit“ gleichlautend melden, fand am Sonntag mittags im Reichstagsgebäude eine gemeinsame Besprechung der Vertreter der Parteien beider sozialistischer Richtungen statt. Sie ergab Übereinstimmung in der Beurteilung der politischen Lage, die als ernst und kritisch empfunden wurde und ein gemeinsames Handeln beider Parteien zur unbedingten Notwendigkeit machte. Am Montag nachmittags fand eine Unterredung der Parteivertreter mit dem Reichskanzler statt. Daraus wurde die übereinstimmende Auffassung beider Parteien über die allgemeine Lage und die nächsten Forderungen borgelegt. Der Kanzler erklärte, daß die Reichsregierung gewillt sei, alle notwendigen Mittel zum Schutze der Republik mit größter Energie durchzuführen. Die Vertreter der Parteien betonten nochmals die Notwendigkeit ihrer Forderungen, insbesondere auch der Beilegung des bayerischen Ausnahmestandes mit großem Nachdruck. Im Kampfe um Schutze der Republik werde die Regierung auf die Unterstützung der Arbeiterklasse rechnen können.

Massenkundgebungen zur Sicherung der Republik.

Berlin, 29. August. Die linksstehenden Blätter veröffentlichen Aufrufe der Vorstände der Bezirksverbände der S. P. D. und der U. E. P. zu Massenkundgebungen am Mittwoch nachmittags im Lustgarten zur Sicherung der Republik und gegen die Reaktion.

Die deutsche Minenjackkottille.

Christiania, 29. August. Die deutsche Minenjackkottille, die im Weissen Meer war, ist heute von Kalesund nach Deutschland abgegangen. Der Kreuzer „Hamburg“ ist gestern abgegangen.

Die Kämpfe in Kleinasien.

Paris, 29. August. Nach einer Habas-Vernehmung aus dem türkischen Generalstab ist seit zwei Tagen in der besetzten Stellung am Schlachtfeld, einem Nebenflusse des Sarus nordwestlich der Salzwüste, ein heftiger Kampf zwischen den Griechen. Der erste Zusammenstoß war sehr heftig. Bedeutende türkische Streitkräfte waren in den Schlachtfeldern zusammengezogen, die auf den Höhen, die das rechte Ufer des Sarus beherrschen, angelegt worden waren. Der Versuch der Griechen, die Front zu durchbrechen, ist gescheitert. Die türkischen Truppen zeigen ihr Gegenwärtiges Abzurück.

Der Völkerbundsrat und die oberschlesische Frage.

Ein Kompromiß des Völkerbundsrates.

London, 29. August. Reuter meldet aus Genf über die heute beginnende Tagung des Völkerbundsrates zur Erörterung der oberschlesischen Frage, man sei der Ansicht, daß es schwer sei, eine Übereinstimmung zu erzielen. Man werde wahrscheinlich zu einem Kompromiß gelangen.

Bericht des Vorsitzenden des Völkerbundsrates.

Genf, 29. August. Der Vorsitzende des Völkerbundsrates Baron Nishi erklärte Pressevertretern, daß sein Bericht über die oberschlesische Frage sich auf eine Darstellung der vom Obersten Räte festgestellten Schwierigkeiten beschränken und keinerlei Lösung oder Arbeitsmethode vorschreiben werde. Hierüber werde der Völkerbundrat später in aller Freiheit beschließen. Wie hieraus ersichtlich ist, sind auch von Autoritäten des Völkerbundes bisher keinerlei Mitteilungen über die voraussichtliche Lösung der oberschlesischen Frage erfolgt. Danach darf man annehmen, daß es sich bei den Genfer Redungen in einem Teile der ausländischen besonders der französischen Presse über die in Aussicht genommene Verhandlungsmethode um keine Kombinationen handelt. Dies dürfte auch für gewisse aus Genf datierte Extraktationen über einen Kompromiß im Sinne der Eszorgalmie gelten.

Genf, 30. August. Der Bericht, den der Präsident des Völkerbundsrates Graf Nishi gestern nachmittags über die oberschlesische Frage verlas, erinnert zunächst an die Texte, auf die sich der Völkerbundrat stützen müsse, wenn er die ihm angebotene Aufgabe übernehme. Diese bestühe allein darin, den im Obersten Räte vertretenen Mächten einen Vorschlag zu machen. Die Mächte selbst hätten aber allein einen endgültigen Beschluß zu fassen. Im Anschluß daran teilte Nishi mit, daß Briand am 24. d. M. in einer Rede an den Präsidenten des Völkerbundsrates erklärt habe, daß jede der im Obersten Räte vertretenen Regierungen sich freiwillig verpflichtet habe, die vom Völkerbundsräte empfohlene Lösung anzunehmen. Unter diesen Umständen, so erklärte Graf Nishi, habe der Völkerbundrat nicht nur das Recht, sondern auch die Pflicht, die ihm übertragene Aufgabe anzunehmen. Nishi prägte darauf die Frage, ob es sich um eine Entscheidung über das Schicksal des gesamten oberschlesischen Gebietes oder um die Aufstellung einer Grenze handle, und kam an der Hand des Vertrages zum Schluß, daß es sich um die Aufstellung einer Grenzlinie handle. Der Bericht untersucht sodann das Ergebnis der Volksabstimmung in Oberschlesien, das leider, wie es wörtlich heißt, nicht darat ist, daß es die Aufstellung einer Grenze gestatte, die den Wünschen der Bevölkerung entspricht. Auch läßt die geographische und wirtschaftliche Lage der Distrikte keinen Zweifel über die Grenze zu. Die Abstimmung hat gezeigt, daß sich im allgemeinen in den nördlichen Grenzbezirken vor allem in den landwirtschaftlichen Gebieten eine große Mehrheit für Deutschland ergeben hat, während in anderen Gegenden im Süden die Mehrheit der Stimmen den Polen zugefallen ist, im Zentrum und im Osten ist das Ergebnis in ausgedehnten Gebieten sehr vermischt. In den Gebieten der metallurgischen und chemischen Industrien sowie der Kohlen-, Zink- und Eisenminen hat sich die Mehrheit für Polen ausgesprochen. Aber in den wichtigsten Städten hat Deutschland eine bedeutende Mehrheit erhalten. Diese Städte sind aber von Gemeinden mit polnischer Mehrheit umgeben und sind für gewisse unentbehrliche Rohstoffe von mehr oder weniger entfernten Landbezirken abhängig. Sie sind an der äußersten Grenze Oberschlesiens gelegen. Allerdings sind die dazwischen liegenden Bezirke schwach bevölkert. Graf Nishi betonte noch, daß er diese Tatsachen nur erwähne, um die wirtschaftlichen und politischen Schwierigkeiten zu kennzeichnen. Der Völkerbundrat dürfe seine Aufmerksamkeit nicht ausschließlich dem einen oder anderen Teile des Gebietes schenken, da die oberschlesische Frage

in ihrer Gesamtheit vor dem Gerichtshofe aufgerollt werden müsse. Nishi forderte zum Schluß den Rat auf, nach Annahme der Aufgabe sich über das einzuschlagende Verfahren zu äußern.

Die erste Sitzung des Völkerbundes.

Genf, 29. August. Der Völkerbund trat heute nachmittags zu seiner ersten Sitzung zusammen. Sämtliche Ratmitglieder waren anwesend, die vier ständigen Mitglieder Japan, Belgien, Großbritannien, Frankreich und Italien, sowie die vier nichtständigen Mitglieder Australien, Canada, Danemark und Spanien. Der Generalsekretär des Völkerbundes Sir Eric Drummond und zahlreiche Beamte nahmen an der Sitzung teil, die wie fast alle Völkerbundsitungen nicht öffentlich war. Graf Nishi führte den Vorsitz und verlas seinen Bericht über die oberschlesische Frage. Um 6 Uhr abends wurde vom Generalsekretariat des Völkerbundes ein Bericht ausgegeben, der bereits von Paris aus veröffentlicht worden ist.

Gültigkeit der Entscheidung des Völkerbundes.

Paris, 29. August. Ähnlich wird aus Genf gemeldet: Der Völkerbund hat beschlossen, die ihm vom Obersten Räte anvertraute Aufgabe zu übernehmen. Die Entscheidung wurde sofort telegraphisch dem Ministerpräsidenten Briand als dem Präsidenten des Obersten Rates mitgeteilt. Die nächste Sitzung des Völkerbundsrates findet am 1. September statt. Aus den Verhandlungen wurde bekannt, daß Briand dem Grafen Nishi in einer Note vom 24. d. M. mitgeteilt habe, daß sich in der Sitzung des Obersten Rates vom 12. August d. J. jede der im Obersten Räte vertretenen Regierungen im Laufe der Beratungen freiwillig verpflichtet habe, die Lösung anzunehmen, die durch den Völkerbund empfohlen wird.

Paris, 30. August. Der Genfer Sonderberichterstatter der „Agentur Havas“ meldet, daß als wichtigstes Ereignis der gestrigen Sitzung des Völkerbundsrates die Tatsache festzustellen sei, daß sich der Rat einstimmig als zuständig für die oberschlesische Frage erklärt habe. In den nächsten Tagen werde besonders die Frage des einzuschlagenden Verfahrens besprochen werden. Ein Ratmitglied habe gestern erklärt, daß seines Erachtens der Rat wünschen werde, die Gesamtheit der Aufgabe und der Verantwortung zu übernehmen und davon abzusehen, seine Nachbefugnisse einer anderen Stelle zu übertragen.

London, 30. August. Reuter berichtet aus Genf: Man sei allerseits der Ansicht, daß eine rasche Lösung der oberschlesischen Frage notwendig sei. Wenn der Völkerbundrat sich schließlich entscheiden sollte, einen besonderen Untersuchungsausschuß nach Oberschlesien zu entsenden, so müßte sich dieser in der Hauptsache aus neutralen Delegierten zusammensetzen, die allein in der Lage wären, an Ort und Stelle irgendwelche neuen Momente festzustellen, die erwogen werden müßten.

v. Frank Staatssekretär bei der Zweigstelle Bayern des Reichsverkehrsministeriums.

München, 29. August. Der Reichspräsident hat den Eisenbahnpräsidenten v. Frank zum Staatssekretär bei der Zweigstelle Bayern des Reichsverkehrsministeriums ernannt.

Die Einladung zur Abrüstungskonferenz.

Die Einladungen zu der bevorstehenden Abrüstungskonferenz sind von der Washingtoner Regierung an die beteiligten Staaten versandt worden, und damit beginnt das diplomatische Spiel, das, wie jeder Konferenz, auch dieser hochpolitischen Aussprache zwischen den zurzeit die Welt beherrschenden Mächten vorausgehen muß, an Intensität zu gewinnen. Die Hauptpersonen in diesem Spiele sind Amerika, England und Japan, und was bis jetzt über die die eigentlichen Verhandlungen einleitenden Besprechungen in der Presse der drei Staaten verlautet, läßt die Ausichten der Washingtoner Besprechungen nicht gerade sehr beruhigend erscheinen. Schon die Vorfrage des Programms der Besprechungen zeigt die Schwierigkeit der politischen Situation. Sowohl England wie Japan möchten die Beteiligung an der Konferenz gern von der vorausgehenden Festlegung einer Tagesordnung abhängig machen, die Vereinigten Staaten von Amerika dagegen haben, wie es scheint, das größte Interesse daran, die Konferenz selbst über die Gegenstände bestimmen zu lassen, die auf der Tagesordnung zur Besprechung kommen sollen.

Die englische Antwort an Washington zeichnet sich durch einen überaus entgegenkommenden Ton aus; dieser kann jedoch nicht darüber hinwegtäuschen, daß man in London und ebenso in den Hauptstädten der Dominionen mit der Haltung der Vereinigten Staaten von Amerika in der Frage der Vorbesprechungen nicht zufrieden ist. Auch die geringe Begeisterung, mit der man in Amerika die Anspielungen Lloyd Georges auf einen engeren Zusammenschluß zwischen England und Amerika aufgenommen hat, muß in England wie ein kalter Wasserstrahl gewirkt haben, denn mit so nächsterer Ablehnung hat man von seitens Amerikas bisher noch nie zu verstehen gegeben, daß man jenseits des Atlantik von einer wünschenswerten militärischen Allianz nicht wissen will. Schon die Hoffnungen Frankreichs auf den Abschluß eines Garantievertrages zwischen den drei Mächten zur Sicherung des westlichen Friedens mühen an der unüberwindlichen Abarbeitung der Amerikaner, sich auf Bindungen mit europäischen Mächten einzulassen, zu verhindern, um wie viel weniger kann von irgendwelchen Ausichten hinsichtlich einer Allianz mit Großbritannien die Rede sein.

Sehr bezeichnend ist die Haltung Japans in der Konferenzfrage und die Stellung, die ihm gegenüber die Washingtoner Regierung einnimmt. Ohne Frage ist das amerikanisch-japanische Verhältnis bilateral als das amerikanisch-englische. Der Wunsch Japans, zunächst einmal mit Washington über die Tagesordnung der kommenden Konferenz Verhandlungen zu führen, konnte von dem Kabinett Harding nicht ebenso a limine abgelehnt werden, wie der entsprechende Wunsch Englands. Die stark bevorzugte öffentliche Meinung Japans hat offensichtlich dazu beigetragen, daß man in Washington die unangenehme Haltung in dieser Frage aufgegeben und der Tokioter Regierung bestimmte Zusagen hinsichtlich des Ausmaßes der Verhandlungen gemacht hat. Hierbei spielt allem Anschein nach die chinesische Frage eine entscheidende Rolle. Japan tritt bekanntlich seit langem für den unbedingten Schutze der chinesischen Souveränität ein, wenigstens so wie man sich diesen in Tokio denkt. In Wirklichkeit betrachtet Japan China als seine eigenste Einflusssphäre, die von anderen Einwirkungen möglichst unberührt bleiben soll. Amerika steht andererseits mehr den internationalen Bestrebungen hinsichtlich Chinas nahe und unterstützt, wie verlautet, auch gewisse Pläne, die in finanzieller Beziehung aus China eine zweite Türkei zu machen bemüht sind. Alle diese Dinge wünscht man in Tokio offenbar bereinigt zu sehen, ehe man sich mit den Amerikanern an den Konferenztag setzt.

Ein Aufruf der Reichsregierung.

Berlin, 29. August. Die Reichsregierung hat folgenden Aufruf erlassen: Schon seit geraumer Zeit erfüllt es die Reichsregierung mit Besorgnis, daß die öffentlichen Zitten in Deutschland immer mehr in Verfall geraten und die

Grundlagen von Reich und Staat zu erschüttern drohen. In einer Zeit, in der alle Kräfte der Nation an dem Kampf um die moralischen, sozialen und wirtschaftlichen Schäden des Krieges zu heilen, geht eine jägliche Agitation immer offener und wilder, die politischen und staatlichen Fundamente zu untergraben, auf denen sich der Neubau des Deutschen Reiches erheben soll. Die Sprache der Presse, die diesen unheilvollen Bestrebungen dient, wird von Tag zu Tag eindringlicher. Sie zeigt, daß der Plan gewalttätiger Elemente und Gruppen, die den gewalttätigen Umsturz der Verfassungsmäßigen Ordnung betreiben, in weitere Kreise des Volkes getragen werden soll. Offen und in ruhiger Form wird in solchen Organen und in Versammlungen zu Gewalttätigen an politischen Gegnern, ja zum Werke aufgefordert. Augenblicklich halten die Führer dieser Bewegung die Zeit für gekommen, in der die Ziele nicht mehr verschleiert zu werden brauchen, sondern offen bekannt werden dürfen. Die Reichsregierung wird in dieser Bewegung als ein Kämpfer unzulässig, ja wünschlicher und unabweislicher Vorkämpfer dargestellt, deren Verleumdung patriotische Pflicht sei. Neben den Parteien, die in parlamentarischer Opposition stehen, gewinnen in letzter Zeit Organisationen, Vereine, Gruppen und Persönlichkeiten an Bedeutung, die sich gegen die demokratisch-republikanische Staatsform offen zur Verachtung der Verfassung und Abtretung der Gesetzgebung anfordern.

Die Not des Vaterlandes macht es zur doppelten Pflicht, mit harter Hand diesem Treiben teilhaftig zu werden, teilhaftig der Elemente entgegenzutreten. Ein schwerer Winter steht Deutschland bevor. Noch laffen auf uns die schweren drückenden Folgen des verlorenen Krieges. Noch ist Oberdeutschland dem Reich nicht gesichert. Seine Rettung, für welche die Regierung seit Monaten jäh kämpft, kann durch einen offenen Ausbruch innerer Zwistigkeiten in Frage gestellt werden. Der politische Kredit des Deutschen Reiches darf nicht erschüttert werden in einem Augenblick, in dem wir den Anspruch auf Oberdeutschland auf die Grundzüge der Demokratie begründen. Ebenfalls kann es gebührend werden, daß durch politische Umtriebe die Wirtschaftskraft Deutschlands geschwächt wird, die zur Abtragung der schweren und aufsteigenden Lasten auf höchster Anspannung werden muß. Nur durch dauernde ungestörte Arbeit kann es gelingen, Reich und Volk über die schweren Zeiten hinwegzuführen, in denen Teuerung und finanzielle Schwächen nebeneinander hergehen.

In dieser Lage des Vaterlandes die Verfassung und die Gesetze antasten oder verächtlich machen, heißt eine weite in Wahrheit erst vernichtende Niederlage und damit den Verfall des Reiches vorbereiten. Die Reichsregierung ist deshalb entschlossen, das zu tun, was die Zeitumstände und die Provokation der Gegner der Verfassung gebietet. Die Verfassung, welche die demokratische Grundordnung der Freiheit der Presse, der Vereine und der Versammlungen vermittelt, gewährt zugleich die Möglichkeit, diese Freiheiten zu beschränken, wenn sie zur Verletzung der Verfassung selbst und aller Freiheiten schiedlich mißbraucht werden. Von dieser Gelegenheit, die dem Reichspräsidenten zusteht, wird durch den folgenden Verordnungsgebrauch Gebrauch gemacht. Die Reichsregierung hofft und ist überzeugt, daß alle rechtlich denkenden und zum Wiederaufbau des Vaterlandes willigen Deutschen hinter sie treten und mit ihr zum Schutze der Verfassung und der Gesetze zusammenwirken. Sie wird

mit unerbittlicher Strenge gegen jede Verletzung vorgehen und fordert alle Organe des Reiches und der Länder an, in völliger Unparteilichkeit und ohne Rücksicht der Person der Verordnungsmaßnahme Stellung zu beschaffen.

Die Verordnung des Reichspräsidenten.

Berlin, 29. August. Der Reichspräsident hat folgende Verordnung erlassen. Auf Grund des Art. 48 der Verfassung wird zur Wiederherstellung der öffentlichen Ordnung und Ordnung für das Reichsgebiet folgendes angeordnet:

§ 1. Periodische Druckschriften, deren Inhalt zur gewalttätigen Änderung oder Verletzung der Verfassung oder Verfassungsmäßiger Einrichtungen des Reiches oder eines seiner Länder, zu Gewalttätigkeiten gegen Vertreter der republikanisch-demokratischen Staatsform, zum Angehörigen gegen Geiseln oder rechtsgültige Verordnungen oder gegen die innerhalb ihrer Zuständigkeit getroffenen Anordnungen der Verfassungsmäßigen Behörden auffordert oder anreizt, können für die Dauer bis zu 14 Tagen verboten werden. Gleiches gilt für periodische Druckschriften, deren Inhalt eine Billigung oder Verherrlichung solcher Handlungen darstellt, oder die Verfassungsmäßigen Organe und Einrichtungen des Staates in einer den inneren Frieden des Staates gefährdenden Weise verächtlich macht. Das Verbot kann auf die Dauer von drei Monaten ausgedehnt werden, wenn die Druckschrift nach vorherigem Verbot nochmals gegen die Bestimmungen des Absatzes 1 verstößt. Das Verbot gilt für das gesamte Reichsgebiet und umfaßt auch jede angeblich neue periodische Druckschrift, die sich sachlich als alte darstellt. Unabhängig für den Ausbruch des Verbotes ist der Reichspräsident des Innern, der die zum Vollzuge notwendigen Vorschriften erläßt.

§ 2. Eine Beschlagnahme von Druckschriften ohne richterliche Anordnung ist außer in den Fällen des § 23 Nr. 1 und 2 des Reichsgesetzes über die Presse vom 7. Mai 1874 auch dann zulässig, wenn der Inhalt der Druckschrift die Voraussetzungen eines Verbotes nach § 1 Abs. 1 erfüllt.

§ 3. Wer eine nach § 1 verbundene Druckschrift herausgibt, vertreibt, bewahrt oder verbreitet, wird mit Geldstrafe bis zu 500 000 M. oder mit Gefängnis oder mit einer dieser Strafen bestraft.

§ 4. Versammlungen, Vereinigungen, Aufzüge und Kundgebungen können außer den Fällen des Artikel 123 der Reichsverfassung verboten werden, wenn die Beforsung begründet ist, daß in der Versammlung u. s. w. Erörterungen stattfinden, die zur gewalttätigen Änderung oder Verletzung der Verfassung oder Verfassungsmäßiger Einrichtungen des Reiches oder eines seiner Länder, zu Gewalttätigkeiten gegen Vertreter der republikanisch-demokratischen Staatsform, zum Angehörigen gegen die Gesetze oder rechtsgültigen Verordnungen oder gegen die innerhalb ihrer Zuständigkeit getroffenen Anordnungen der Verfassungsmäßigen Behörden anzuhen, solche Handlungen billigen oder verherrlichen oder die Verfassungsmäßigen Organe und Einrichtungen des Staates in einer den inneren Frieden des Staates gefährdenden Weise verächtlich machen. Unabhängig für den Ausbruch des Verbotes ist der Reichspräsident des Innern, der die zum Vollzuge notwendigen Vorschriften erläßt.

§ 5. Wer eine nach § 4 verbundene Versammlung u. s. w. veranstaltet, oder in einer solchen

bestehenden Versammlung u. s. w. Redner auftritt, wird mit Geldstrafe bis zu 500 000 M. und Gefängnis nicht unter einem Monat, wer an einer solchen verbottenen Versammlung teilnimmt, mit einer Geldstrafe bis zu 100 000 M. und mit Gefängnis oder mit einer dieser Strafen bestraft.

§ 6. Gegen ein Verbot nach § 1 und 4 und einer Beschlagnahme nach § 2 ist die Beschwerde an einen Ausschuss zulässig. Die Beschwerde hat keine aufschiebende Wirkung. Die Mitglieder des Ausschusses und ihre Stellvertreter wählen der Reichspräsident aus seiner Mitte. Der Ausschuss entscheidet in der Besetzung von 7 Mitgliedern, die nach eigener freier Abwägung erkennen. Den Vorsitz im Ausschuss führt ohne Stimmrecht der Reichspräsident oder ein von ihm bestimmter Stellvertreter. Die Beschwerde ist beim Reichspräsidenten des Innern einzurichten, der sie, falls er ihr nicht stattgibt, dem Ausschusse zur Entscheidung vorlegt.

§ 7. Die Verordnung tritt mit dem Tage der Verkündung in Kraft.

Berlin, den 29. August 1921.

Der Reichspräsident: Der Reichskanzler: Ebert. Dr. Wittich.

Berlin, 29. August. Aus dem preussischen Ministerium des Innern hören wir, daß morgen mittags 12 Uhr vom Reichsministerium des Innern dem Reichspräsidenten die Ausführungsbestimmungen zur Verordnung des Reichspräsidenten vom 29. d. M. vorgelegt werden. Unmittelbar nach Erlass dieser Bestimmungen werden vom preussischen Ministerium des Innern mit dem Reichspräsidenten die Maßnahmen ergriffen werden, die zur Ausführung dieser Bestimmungen notwendig sind.

Zur Ermordung Erzbergers.

Berlin, 29. August. Die Beerdigung Erzbergers in Biberach ist auf Freitag verschoben worden.

Berlin, 29. August. Da damit gerechnet werden muß, daß die Spuren des gegen Erzberger ausgeführten Aufschlages nach Berlin gehen, hat der Polizeipräsident von Berlin angeordnet, daß auch die hiesige Polizei Ermittlungen anstelle. Die von ihr an erster Stelle verfolgte Spur betrifft eine Person, die in der ersten Hälfte des Juli bei einer Zeitungsredaktion die Aufklärung getan hat, Erzberger müsse als Schädling des Reiches erachtet, er müsse auf alle Fälle ungeschädlich gemacht werden. Es handelt sich um einen Mann, auf den im allgemeinen die Beschreibung zutrifft, die von einem der in Wiesbaden aufgetretenen Menschenmörder gegeben wird. Der Mann ist etwa 1,73 bis 1,76 Meter groß, schlank, mit ovalem Gesicht, blondem Haar, hellen Augen und einem kleinen blonden Schnurbart. Er war mit abgedrehter seltsamer Uniform, Widelgarnschon und schwarzem Schürzenrock bekleidet. Er scheint seinem Benehmen nach ehemaliger Offizier und jetziger Student zu sein. Die Meldung über die Aufklärung jenes Mannes hat die Berliner Polizei am 12. Juli zu Erzbergers Befand sich damals in Jordanbad bei Biberach. Auf Erfragen der Berliner Polizei hatte Erzberger durch die württembergische Polizeibehörde am 24. Juli von dem Vorgesang Kenntnis erhalten. Auf Erzbergers Wunsch ist am 28. Juli dem Staatskommissariat für öffentliche Ordnung Kenntnis davon gegeben worden.

Berlin, 29. August. Wie das Polizeipräsidium mitteilt, haben die Ermittlungen zur Aufklärung des Mordes an Erzberger sich u. a.

auch auf die Person des ehemaligen Führers u. s. w. erstreckt, der wegen seines Anschlusses auf Erzberger eine Gefängnisstrafe von 1 1/2 Jahren im Tegelers Gefängnis verbüßt. Wegen angelegter Krankheit war er am 27. April 1921 auf vier Monate aus dem Gefängnis beurlaubt worden. Da er sich am 27. d. M. noch nicht wieder gemeldet hatte, nahm die Polizei die Ermittlungen sofort auf und stellte fest, daß Hirschfeld sich mit seinen Eltern im Dorfe Altmich bei Naumburg aufgehalten sollte. Nach Mitteilung des Naumburger Landrats befinden sich in Altmich nur die Eltern Hirschfelds, die vom Verbleib ihres Sohnes seit dem 9. d. M. nichts wissen wollen. Da diese Angaben unglaubwürdig erschienen, und weil in Berlin bekannt war, daß die Mutter Hirschfelds in den Plan des früheren Norddeutschen Reichspräsidenten vorher eingeweiht gewesen war, hat gestern Beamte nach Altmich entsandt werden, um die Eltern Hirschfelds dem Berliner Polizeipräsidium zur sofortigen Vernehmung vorzuführen.

Berlin, 29. August. Der Reichspräsident hat im Reichstage die württembergische Landtagsabgeordnete Frau Schmidt, nachdem der nächster auf der Liste des Zentrums verzeichnete Handelskammersekretär Josef Schuler verstorben ist, ernannt.

Offenburg, 29. August. Zum Norddeutschen Reichspräsidenten erhält die „Offenburger Zeitung“ von zuverlässiger Seite noch folgende Mitteilungen: Die beiden Töchter gingen in einem so geringen Alter hinter den beiden Abgeordneten her, daß man sie allgemein für ihre Söhne hielt. Es wird berichtet, daß die beiden Töchter wiederholt im Zimmer des Abgeordneten Erzbergers beobachtet wurden. Das geschah auch unmittelbar, bevor sie am Freitag morgen in den Wald gingen. Nach der Tat suchten die Töchter in der Richtung nach dem Anstich und fragten den Streifenwächter nach der Wegrichtung. Die angelegten Polizeistreifen verfolgten die Spur der Töchter ebenfalls, jedoch die Durchsuchung fehlte. Das ganze Anstichgebiet ist mit Genzarmerie umstellt.

Frankfurt, 29. August. Im Anstich an den Katholikentag fand nachmittags eine Demonstration der in Frankfurt anwesenden Mitglieder der deutschen Zentrumspartei und der Reichspartei statt, worin ein Aufruf beschloffen wurde, in dem es u. a. heißt: Mitglieder der Zentrumspartei! Der Abgeordnete Erzberger ist ein unerschütterlicher Neuschmied zum Opfer. Tieser Schmerz ist die Zentrumspartei an seiner Seite. Aber doch kein ganzes Leben, seine Jugendkraft wie sein Vorgesang dem Dienste der Partei gewidmet. Wir verurteilen jegliche Gewalt in Kampfe der politischen Meinungen, kommen je von rechts oder links. Wir verdammen den politischen Mord, wir warnen und beschwören die gesamte Volk: Laßt ab von allen politischen Leidenenschaften, von aller persönlicher Verheerung, bannet den Geist, der solche Verbrechen zeitigt. Die Verfassungskämpfe ist heute weniger Raum den Parteien. Aufbauende Arbeit sei der Wahlspruch der Parteiführer. Das Grab Erzbergers darf nicht schließeln, ohne daß ihr in nachdrücklichen Kundgebungen diesem Gedanken Ausdruck geht.

London, 29. August. Die „Times“ jähnt: Die Ermordung Erzbergers dringt der Welt tieflich in Erinnerung, daß Deutschland in einer dauernden Krise lebt. Militärischen und kommunistischen Parteien bereiten sich unheimlich durch ihre bisherigen Mißerfolge auf eine neue Aktion vor. Es ist möglich, daß die Aussicht auf einen Bürgerkrieg die plötzliche durch die Ermordung Erzbergers angezündete ist, eine ernstliche Wirkung auf alle Parteien haben werde. Die Regierung muß jedoch viel energiereichere Maßnahmen ergreifen als bisher, um die Wiederholung solcher Verbrechen

Wissenschaft und Kunst.

Dresden, 30. August.

Die Geschichte des Taktodes.

Wenn jetzt die Konzertzeit wieder beginnt und wir die Meister des Taktodes ihres leichten Herrscherstab über dem Orchester schwingen und damit das Weite an Klangwirkung und Ausdruck heranziehen sehen, so scheint uns dies ein so natürliches Mittel der Verständigung zwischen dem führenden und dem ausübenden Musiker, daß wir uns kaum eine Zeit denken können, in der es diesen Taktod nicht gegeben hätte. Und doch ist er in seiner heutigen Gestalt bei uns nicht viel über 100 Jahre alt. Die früheste Anwendung fällt in Deutschland in das Jahr 1801, als ein deutscher Fürst, Herzog Ludwig von Hessen, die Proben für eine Kirchenaufführung am Karfreitag mit einem Taktod von der Kugel aus leitete. Diese Taktode hebt Arthur Schnitzler in einer entwicklungs-geschichtlichen Studie über das Kapellmeisteramt hervor, die er im Augustheft der „Deutschen Rundschau“ veröffentlicht. Die Notwendigkeit, den Takt zu schlagen, hat sich freilich schon ergeben, solange überhaupt mehrere Musiker zusammenwirkten. Aber diese Aufgabe wurde früher in sehr viel auffälligerer Art gelöst. Aus altägyptischen, altgriechischen und altindischen Überlieferungen erkennt man, daß ursprünglich die Zeitmaße durch Handbewegungen oder Zusammenklagen fester Gegenstände wie Muscheln oder Tierknochen angedeutet wurden. Bei den Griechen kam die „choros“ den bedeutendsten Taktteil mit dem Fuß, und die römischen „pedarii“, die davon sogar ihren Namen erhielten, trugen zur Erhöhung der Wirkung Schellen an ihren Füßen. Später wurde diese barocke Art musikalischer Leitung durch eine Zeichensprache, die durch Handbewegungen das Tempo gewissermaßen sichtbar machte, ersetzt, aber diese „Chironomie“ des Mittelalters vermochte

sich noch nicht dauernd zu erhalten. Schon im 16. Jahrhundert begannen die Dirigenten wieder den Takt hörbar auf dem Pulte zu schlagen; da sie bei jedem Niederstoß das Pult berührten, nannte man einen solchen Abschnitt „Takt“ (Berührung). Namentlich bei der italienischen geistlichen Kammermusik hat sich das laute Taktieren besonders bemerkbar gemacht, jedoch Goethe nach dem Anhören einer Oratorienaufführung in Venedig in einem Briefe klagte: „Es wäre ein trefflicher Genuß gewesen, wenn nicht der vermaldeite Kapellmeister den Takt mit einer Rolle Noten wieder das Gitter und so unverständlich gekloppt hätte, als habe er mit Schallungen zu tun, die er eben unterrichtet.“ Zu hochzeiten waren alle möglichen Arten von Taktschlägen gebräuchlich, der eine taktierte mit dem Fuß, der andere mit dem Kopf, ein dritter mit der Hand, andere mit beiden Händen, einige nahmen eine Papierrolle, wieder andere einen Stock in die Hand. Es half zunächst auch nicht viel, wenn sich die Musikschreiber über den und unästhetischen Lärm empörten. So wird über einen Taktschläger geklagt, der sich einen hohen Kasten unter die Füße legte, damit die Stöße desto härter klingen möchten, oder es wird verlangt, daß ein „Holschneider“ abgeheißelt wird, „der unklare Opern von einem Ende bis zum andern zerhackt“. Die Reaktion gegen dieses Unwesen war so stark, daß sogar die Abschaffung des Dirigenten überhaupt gefordert wurde. „Man kann einem Konzertsänger, so sich selbst vor Jurem zu bewahren weiß, keinen ärgeren Schimpf in Gegenwart anderer antun, als wenn die Zuschauer durch sich unzeitiges Kommandieren zum Zweifel gebracht werden an dessen Geschicklichkeit.“ Die Stellung des Kapellmeisters wurde dadurch natürlich nicht ernstlich gefährdet, aber sie erlitt doch eine Wunde in ihrer Bedeutung. In der italienischen Oper war es ohnehin schon seit ihrer Entstehung Sitte, daß die Leitung vom Cembalo aus erfolgte. Der Kapellmeister spielte hier seinen besetzten Fuß begleitet die Regitation und gab die notwendigen

Wink an Musiker und Sänger. Mit der Verbreitung der italienischen Oper drang auch die neue Direktionsweise durch. Nur in Paris ließ man es sich nicht nehmen, den Takt mächtig am Boden zu klopfen. Lully bediente sich dazu eines ungefähr meterlangen Sticks, und er tat dies bei einer Feier zur Wiedereröffnung Ludwigs XIV. mit solchem Gezeifer, daß er sich den Fuß so stark verletzte, daß er nicht genügend beachteten Verwundung erlag. Bei der italienischen Direktionsweise wurde schon sehr frühe auf den Chören neben der Orgel ein für den Leiter der Aufführung bestimmtes Cembalo zur gewohnten Erscheinung. So hat auch Haydn in seinen Londoner Konzerten seine Symphonien vom Flügel dirigiert. Mit der Zeit trat jedoch zum Flügel-dirigenten noch ein besonders tollierender Kapellmeister. Gegen Ende des 18. Jahrhunderts setzte eine neue Tendenz ein, die Leitung des Orchesters dem Primgeiger zu überlassen; noch Richard Wagner hat im Leipziger Gewandhaus Beethovens Reine ohne Dirigenten aufzuführen hören. Aber auch der Konzertmeister begann bald wieder, beim Tempowechsel oder Eintritt von Schwankungen mit dem Fiedelbogen sein Pult oder in der Oper den Souffleurkasten zu bearbeiten, und so war die Einführung des modernen Taktodes, die sich in den ersten Jahrzehnten des vorigen Jahrhunderts vollzog, eine erfreuliche Lösung.

Opernhaus. (Richard Wagners „Walther“.) Im Rahmen der gestrigen Vorstellung sang Maria Reuschling zum ersten Male die Siegelnde und schmitt im allgemeinen recht günstig ab, wenn man die Leistung unter dem Gesichtspunkt der Entschiedenheit der jungen Sängerin betrachtet. Zunächst fiel es wieder ins Gewicht, daß Stimme und Erscheinung sie für denzeitige zwischen dem jugendlichen und dem hochdramatischen Fach liegende Partien besonders befähigt erscheinen lassen. Dann darf man noch auch hoffen, daß die Stimme an einer ruhigeren

und ausgeglicheneren Longebung. Ähnlich dürfte auch im Spiel die schlummernden Kräfte eigener Gehaltens sich bei einer intensiveren Beschäftigung voraussichtlich noch stärker regen. Vorläufig bleibt noch vieles im Unklaren oder noch unklar, was bedeu. Dabei übrigens aber doch nicht zu übersehen war, daß die junge Sängerin selbst an sich gearbeitet hatte. Alles in allem bedeutet, was sie bot, einen recht schätzbaren Erfolg in einer anspruchsvollen Partie. C. S.

Wissenschaft und Technik. Im Anschluß an die Vorträge von zwei Vertretern des Leipziger Instituts für experimentelle Psychologie durch Westfalen ist jetzt die Errichtung eines wissenschaftlichen Instituts für Fortbildung der Psychologie für Dortmund beschlossen worden. Das Institut soll sich in eine Abteilung für Schulpsychologie und in eine für Wirtschaftspychologie gliedern. Träger der ersten Abteilung sind die Verbände der mittelständlichen Lehrer und Lehrkräften; Träger der zweiten Abteilung ist das Landesarbeitsamt für Westfalen und Lippe.

Die „American Roentgen Ray Society“ hat Prof. Dr. Friedrich Dörmann in Frankfurt a. M. eingeladen, auf dem vom 27. bis 30. September in Washington stattfindenden Roentgen-Kongress Vorträge zu halten.

Unterforschungen, die Alfred Wegener über die Bildung der Rindkrater angestellt hat, werden ein überraschendes Licht auf die Entstehung des Rindes werfen, und ermöglichen zum erstenmal die Möglichkeit, an unmittelbaren Anzeichen auf die Entstehung eines Weltkates zu schließen, was bisher noch bei keinem anderen Weltkörper, auch nicht der Erde, der Fall ist. Von den entdeckten Rindkratern, die bisher nur durch Aufnahmen von Wegener mit der Luftschiffahrt gezeichnet auf den Mond geführter kosmischer Körper darstell-

unmöglich zu machen. Die dauernde Tätigkeit der deutschen Militärs führt nur dazu, daß in den Entente-Ländern Zweifel bezüglich der Kontinuität der ausgebildeten deutschen Polizei weiter bestehen.

Ein neues Nahrungsmittelgesetz.

Rürnberg, 29. August. Der Bund deutscher Nahrungsmittelhersteller und -Händler veranstaltete in den Räumen der Nürnberger Handelskammer eine vertrauliche Beratung mit einer großen Zahl moehrender Fachverbände des Lebensmittelgewerbes und der Nahrungsmittel-Hygiene über den vorläufigen Entwurf zu einem neuen Nahrungsmittelgesetz. Im Anschluß an das vom Ministerialrat Juchacz aus Berlin erhaltene Referat wurde der beschlossene Entwurf genehmigt und zugestimmt vorbehaltlich der Stellungnahme im einzelnen.

Der dritte Band von Bismarcks Gedanken und Erinnerungen.

Berlin, 29. August. Der frühere Kaiser Wilhelm hat den Abdruck der von ihm und Kaiser Friedrich verfaßten Briefe im dritten Band von Bismarcks Gedanken und Erinnerungen gestattet. Der Verlag von Cotta hat eine namhafte Summe für den Kaiser zu bestimmenden wohltätigen Zwecken zur Verfügung gestellt.

Der deutsche christlich-nationale Gewerkschaftsbund und die innerpolitische Lage.

Berlin, 29. August. Von der Leitung des deutschen christlich-nationalen Gewerkschaftsbundes wird die gegenwärtige gespannte innerpolitische Lage wie folgt beurteilt: Inmitten der von langer Hand planmäßig vorbereiteten wirtschaftlichen Notlage der Reichsregierung und der allgemeinen politischen Verwirrung struppeltes aufstrebendes Parteileben ist die Ermordung Quisbergs erfolgt. Der deutsche Gewerkschaftsbund ist mit allen christlichen und politischen Kräftegruppen einig in der rückhaltlosen Verurteilung dieses Verbrechen. Der deutsche Gewerkschaftsbund steht fest auf dem Boden der deutschen Volksgemeinschaft. Wer sich zu ihm bekennt, muß beiderseitig in ertraglichen Grenzen den Mut haben, die sich daraus ergebenden Pflichten vorbehaltlos und nach allen Seiten zur Geltung zu bringen. Deshalb verurteilt der deutsche Gewerkschaftsbund auf schärfste die wüste und vergiftende Form der parteipolitischen Kämpfe, wie sie augenblicklich das deutsche Volk durchdringt. Der deutsche Gewerkschaftsbund wird sich mit aller Entschiedenheit gegen alle Bestrebungen wenden, gleich woher sie kommen, die eine gewaltsame Änderung der Verfassung zum Ziele haben. Weitere verheerende innerpolitische Kämpfe, während Deutschland um den letzten Rest seiner nationalen Autonomie gegenüber dem Auslande ringt. Die furchtbaren Folgen hätte dann das gesamte deutsche Volk, in erster Linie die deutschen Arbeitnehmer, zu tragen.

Die Vereinigten Verbände heimattreuer Oberschlesier.

Breslau, 29. August. Auf den Vorschlag eines kommunischnischen Stadtverordneten in der Groß-Breslauer Stadtkonferenzversammlung, die Vereinigten Verbände heimattreuer Oberschlesier verwenden ihre Gelder nicht zweckentsprechend und sie seien reaktionäre militärische Verbände im Rahmen der Organe und des ober-schlesischen

Selbstschußes, erklärten diese, daß die Verwendung der Gelder wie die gesamte Ausfühung der Prüfung der zuständigen amtlichen Kontrollorgane unterliegen. Die Organe oder ähnliche Kampforganisationen haben mit den Vereinigten Verbänden nicht das geringste zu schaffen. Ebenfalls handelte es sich um die Verbindung mit dem ober-schlesischen Selbstschuß. Wenn zahlreiche Mitglieder der Vereinigten Verbände aus sich heraus zum Schutze der bedrohten Heimat und ihrer Verwandten herbeigeeilt sind, so war das ihre persönliche Sache. Die Aufforderung der Vereinigten Verbände bei Beginn des zweiten Votens an ihre Mitglieder zum Eintritt in die ober-schlesische Abwehrpolizei geschah im Einverständnis mit der Interalliierten Kommission in Opatowitz und den moehrenden deutschen Stellen. Die Vereinigten Verbände wiederholen, daß in ihren Reihen Ober-schlesier der verschiedenen Parteistellungen sich nur zu dem Zwecke zusammengeschlossen haben, den Erbfeind und Schweftern in Oberschlesien in ihrem schweren Kampfe Stütze und Rückhalt zu geben.

Unruhen in Halle.

Halle, 29. August. In Halle ist es gestern zu verschiedenen Zwischenfällen gekommen. In einer Gastwirtschaft, in welcher der Kriegesverein Halle-Gomitz eine Feier veranstaltet hatte, kam es mit aufstrebenden Arbeitern zu einer wüsten Schlägerei, in deren Verlauf auf beiden Seiten zahlreiche Personen zum Teil schwer verletzt wurden. Die Schmarw-Verfahren im Saale wurden heruntergefahren.

Unruhen in Jüterburg.

Königsberg, 29. August. In Jüterburg hielt am Sonntag der Heimatsverein eine Tannenbergsfeier ab, während gleichzeitig die sozialistischen Parteien eine Kundgebung gegen Brotwucher und Kriegsspekulation veranstalteten. Von dieser Versammlung kommende Arbeitermassen versuchten den Tannenbergszug zu durchbrechen, woran sie Schuttpolizei verhindert. Später kam es zu Zusammenstößen zwischen Demonstranten und Schuttpolizei, wobei es auf beiden Seiten zu Verletzungen kam. Die Gewerkschaften verständigen infolge dieser Vorgänge den allgemeinen Ausfall.

Der deutsch-amerikanische Friedensvertrag.

New York, 29. August. Einige demokratische Senatoren üben gegenüber dem Vertrage mit Deutschland Zurückhaltung. Jedoch scheint eine genügende Anzahl von Stimmen zur Ratifizierung vorhanden zu sein, zumal demokratische Senatoren bereits zwei deutsche Holzstempelungen wegen der Dumpingklausel beanstanden.

Verständigung zwischen Amerika und Japan in der Yap-Frage.

London, 29. August. Nach einer Meldung der "Morningpost" aus Washington ist zwischen den Vereinigten Staaten von Amerika und Japan eine Verständigung in der Yap-Frage erzielt worden.

Der Moplah-Aufstand.

London, 29. August. Die aus Bombay gemeldet wird, ist der Moplah-Aufstand sorgfältig vorbereitet worden. Zahlreiche Rebellen glauben sich, daß eine große Streitmacht auf Afghanistan zur Unterstützung anrückt.

Mitteilungen aus der öffentlichen Verwaltung.

Die heute eingegangene Nr. 89 des Reichs-Gesetzblattes enthält: Fernsprechnormung; Bekanntmachung, betreffend den Beitritt Polens zu dem am 4. Mai 1910 in Paris unterzeichneten Internationalen Übereinkommen zur Bekämpfung des Mädchenhandels sowie Bekanntmachung, betr. den Beitritt Polens zu dem am 4. Mai 1910 in Paris unterzeichneten Abkommen zur Bekämpfung der Verbreitung unzüchtiger Veröffentlichungen.

Örtliche Angelegenheiten.

Dresden, 30. August.

Das Programm des Polizeipräsidiums Dresden teilt mit: In den letzten Tagen haben nicht weniger als sechs Sportkonzerte im Dasein aufgegeben müssen. Durch die Kriminalpolizei wurde der Sibirien-Konzert, Inhaber Kaufmann Pöppel, Geschäftsführer Glasstraße 7, der Fortuna-Konzert, Inhaber Günther Vorstel, Geschäftsführer Wilschauer Straße 27, der Handicap-Konzert, Inhaber Straße & Ober, Geschäftsführer Wilschauer Straße 4, der Matador-Konzert, Inhaber Fröhlich, der auch Mitglied der Handicap-Konzerte ist, Geschäftsführer Schumannstraße 40, der Residenz-Konzert, Inhaber Schindler, Wilschauer Straße 39, und der Victoria-Konzert, Inhaber u. Hohenberg, Wilschauer Straße 18, aufgehoben. Weiteres wurden diese Konzerte in Höhe von etwa 100.000 R. bis 2. Okt. 20. zugeworfen. Bei allen Konzerten sind große Unterstellungen zu verzeichnen. Behaupteterweise konnte nicht mehr viel Geld sichergestellt werden.

Im Monat Juli 1921 betrug die Zahl der dem hiesigen Polizeipräsidium angezeigten Verbrechen, Vergehen und Übertretungen 3862, die Zahl der erfaßten Angelegenheiten 3933, während sich die Zahl der zu Polizei- und anderen Stellen gegebenen Gutachten und Auslassungen auf 10.655 belief. Die Gesamtzahl der im Monat Juli im hiesigen elektrischen Straßenbahnbetriebe vorgekommenen Unfälle betrug 16 - darunter 9 Zusammenstöße - bei 11 Unfällen wurden 11 Personen (9 männliche, 2 weibliche) verletzt. Außerdem sind dem Polizeipräsidium 23 Selbstmorde und 28 Selbstmordversuche angezeigt worden.

Das Wohltätigkeitsfest für die Kriegsgeliebten von Dresden und Umgegend, welches am 3. September 1921 in sämtlichen Räumen des "Pavillons" Weiser Kirch stattfand, verpricht einen hohen künstlerischen Genuss. Dresdens bester Künstler wirken im großen Saal außer dem Philharmonischen Orchester mit. Im Konzert ist das gleiche der Fall. Hier wird Humor und Satire verpackt. Im großen Saal ist nach dem Konzert Festball, im Café Künstlerkonzert, auch tritt hier ein bekannter Dresdener Pantomimenpaar, in der Testube wird das Kabarett seine Heimstätte aufschlagen, in der Testube ist selbstverständlich ebenfalls Gelegenheit, das Tanzbein zu schwingen. Und dann die Tombola. Wohl selten sind bei einer Tombola so wertvolle Gewinne zur Verfügung gewesen. Der Kartenverkauf geht flott, jedoch man annehmen kann, daß für unsere wirklich bedürftigen Kriegsgeliebten eine hübsche Summe übrig bleibt.

Im Hoftheaterpalast findet morgen, Mittwoch, abends 7 Uhr das große Festkonzert des Dresdner Philharmonischen Orchesters als Ehrenabend für die Mitglieder statt.

Die Rathportkonzerte des Philharmonischen Orchesters auf dem Weiden Kirch beginnen morgen, Mittwoch am um 1/2 4 Uhr.

Sächsische Angelegenheiten.

Offene Stellen für Lehrer.

1. Die Lehrerstelle (bisher Reichsstelle) in Dörrthal, Gesp. Unt. Dienstwohnung, Ortst. D. Mädchenfortbildungssch. u. Turnen. Für Eltern. des Kirchendienstes 1200 R.; 2. die erste Lehrerstelle in Zug, Gesp. Unt. Dienstwohnung, Ortst. D. Oberturnen. Für Eltern. Kirchendienst. Bezüge 600 R.; 3. die 2. und 3. Lehrerstelle in Seiffen, Gesp. Unt. Ortst. D.; 4. die Lehrerstelle in Steinbüchel, Gesp. Unt. Dienstwohnung, Ortst. D. Turnen; 5. Die Lehrerstelle in Dittmannsdorf, Gesp. Unt. Dienstwohnung, Ortst. D. Knabenfortbildungssch. u. Turnen; 6. die Lehrerstelle in Reuversdorf, Gesp. Unt. Dienstwohnung, Ortst. D. Fortbildungssch. u. Turnen. Anstellungsbefehle zu 1 bis 6: Kultusministerium. Bew. bis 30. Sept. an den Schultat zu Freiberg.

Chemnitz. Die Vereinigung ehemaliger 302er, Ortsgruppe Chemnitz, ladet alle Kameraden zu dem am 10. und 11. September d. J. im Ballhaus Baum stattfindenden Herbstfeier nochmals herzlich ein. Anmeldung bis 2. September an Kamerad Wisopy, Chemnitz, Altenhäuserstr. 32, Gesprächsprot. 7234. Einladungen für Bekannte zum Preise von 2 R. sind bei Kamerad F. Hülshaus, Chemnitz, Herrentierstraße 20, J. Albrecht, Chemnitz, Stollbergstraße 3 und an der Kasse erhältlich.

Plauen. Die Gründung der Kraftwagenvereinigung Plauen i. S. -Hof soll bestimmt in der ersten Hälfte des September erfolgen. Sämtliche Vorarbeiten sind bereits erledigt.

W. Plauen. Als ein schlechtes Gonnjahr, sogar als das schlechteste seit 1910, wird von vorgläublichen und ergebnislosen Dienstsündern das Jahr 1921 bezeichnet. Das nächste Frühjahr hat auf die Gonnjammeldigkeit der Plauen ebenso ungünstig eingewirkt, wie die spätere langanhaltende Hitze, weil die letztere die für die Gonntracht in Frage kommenden Wälder kaum zur Entweissung kommen und sehr bald wieder abfallen ließ. Auch die Herbsttracht, auf die unsere Jünger ihre letzte Hoffnung setzten, verlief infolge unregelmäßiger Witter der Gonna wenig befriedigend. Um überhaupt ein Pfund zu erhalten, muß man schon beim Jünger 15-18 R. anlegen.

Kannenberg. Der Stadtmagistrat in Schlettau hat einstimmig beschlossen, dem Gemeindevorstand Kannenberg und Umgegend zum Zwecke der Gonnübersehung beizutreten.

Der Stadtmagistrat in Scheibenberg hat ebenfalls den Beitritt zum Gemeindevorstand Kannenberg und Umgegend für Gonnübersehung beschlossen.

Marientberg. Die neue Landwirtschaftliche Schule in Marientberg, für welche die Räume in der ehemaligen Unteroffizierskaserne bereitgestellt worden sind, wird voraussichtlich am 24. Oktober eröffnet werden.

Wurzen. Der Stadtrat in Wurzen hat beschlossen, die Verhandlungen wegen Ankauf oder Erwerbung des ehemaligen Garnisonlazarets und wegen Ankauf von Einrichtungsgegenständen einzustellen.

Hainichen. Der Stadtrat zu Hainichen hat beschlossen, eine einmalige Gewerbesteuer zu erheben.

Zahle. Der Stadtmagistrat in Dahleu bewilligte das Gesuch des Vereins der Klein- und

Um die physikalischen Verhältnisse bei diesen Vorgängen genau messen zu können, wurden Versuche mit Zementpulver angestellt, und als aufsteigende Masse wurde ein halber oder ganzer Eßlöffel voll Zementpulver verwendet. Die auf diese Weise erhaltenen Krater hatten 4 bis 12 cm Durchmesser und ließen sich durch vorsichtiges Bedecken und späteres Durchdringen mit Wasser leicht verfestigen und sodann ausmessen. Es gelang dabei, die Natur und Entstehung der Zentralberge bei diesen Kratern zu ermitteln, worüber bisher ganz unrichtige Vorstellungen bestanden, die meist an den Rückstoß beim Aufsteigen eines Tropfens auf eine Wasserfläche anknüpfen. Von einem solchen Rückstoß kann hier nicht die Rede sein. Der Zentralberg wird vielmehr durch die nach allen Seiten auseinanderfliehende aufsteigende Masse aus der Grundmasse herausmodelliert. Auch die bei den Versuchen erhaltenen Verhältnisse zwischen Kraterdurchmesser und Kraterhöhe, das den flachen Bau der Zentralberge charakterisierende, stimmt mit dem überein, wie es sich auf dem Monde häufig findet. Für die Teilung der Mondkrater ergaben sich aus den Versuchen folgende Feststellungen: Wenn ein größerer Körper aus festem Gestein mit einer Geschwindigkeit von mehreren Kilometern pro Sekunde auf die feste Gesteinsoberfläche des Mondes prallt, so genügen die freierwährenden Kräfte, um den molekularen Zusammenhang sowohl des stützenden Körpers wie des Gesteins zu zerstören, jedoch sich diese wie das Pulver im Versuch verhalten. Hatte der Mond nur eine dünne feste Kruste aus flüssiger Grundmasse, so konnte natürlich kein Zentralberg entstehen, und ebenso keine Staubstraßen, sondern der Krater hätte sich dann mit flüssiger Lava, die als ebener Kraterboden flüchtig erstarre. Nur dagegen die Unterlage bereits fest erstarrt, so mußte ein Zentralberg entstehen und Staubstraßen eingeschleudert werden. Die aufsteigenden Körper müssen noch zum Sonnenlicht gehören haben,

und ihre Bahnen um die Sonne waren der Erdbahn ähnlich. Außer der reinen Kreisform bei den Mondkratern, die auf ein sehr heftiges Herabfallen schließen läßt, sprechen dafür die Schmelzspuren, aus denen man schließen kann, daß die hohe Wärme erst durch die Aufstöße erzeugt wurde. Unverkennbar ist ferner eine Temperaturveränderung auf dem Monde in demjenigen Zeitraume entstanden. Die Bildung der heute sichtbaren Mondkrater stellt nur das Abklingen eines viel größeren Prozesses dar; in späterer Zeit müssen die Aufstöße viel größer und häufiger gewesen sein. Da nun schon die jetzt noch erkennbaren Aufstöße eine merkliche Vergrößerung der Mondmasse bewirkt haben, so drängt sich die Annahme auf, daß der Mond überhaupt durch Zusammenstoß kleinerer fester Körper entstanden ist, die nach Art der kleinen Planeten um die Sonne kreisten. Dieser Vorgang wird langsam begonnen haben, erreichte dann infolge der zunehmenden Gravitationswirkung des wachsenden Mondes einen Höhepunkt, in dem die Wärmeabstrahlung gegenüber der Ausstrahlung überwiegt, die dann durch Verbrauch der verfügbaren Körper die Aufstöße wieder seltener wurden und die hohe Eigenwärme durch Ausstrahlung in den Weltraum verlor. Die berühmte Meistererzählung Konrad Ferdinands Meyers von dem bayerischen Bundeshelden Jörg Jenatsch muß nunmehr von dem glücklichen Verleger, G. Hoene, Leipzig, zum 200. Male aufgelegt werden. Hoene beschränkte diese Jubiläumsgabe zunächst auf 500 Bände. Dann werden 300 in leinen Bogen, in Leinen gebunden und haben in prächtigen Frontispizzen 150 R. Weitere 200 Bände sind, in handgebundenem Pergament numeriert, um 300 R. zu haben, 100 Bände in handgebundenem Ganzpergament nach Entwürfen des Prof. Hermann Götsch sind wieder numeriert und haben 350 R. Endlich gibt es noch 50 Bände um den Preis von 600 R., die

allerdings ein wahres Meisterstück deutschen Buchmacherhandwerkes darstellen: ganz in handgebundenem edlen Schmeißleder, mit Bunden und Metallbeschlägen, reicher Goldprägung, handförmigem Titelblatt, in eine zierliche rote Stoffhülle gebettet. Die Ausgabe verläßt eben die Presse und wird vermutlich ihre 500 Abnehmer im Handumdrehen gefunden haben.

Bildende Kunst. Aus Berlin wird berichtet: Die diesjährige Herbstausstellung der Jurystreien Berliner Kunstschau wird drei Wochen früher als im Vorjahre eröffnet werden. Sie findet vom 22. Oktober bis 4. November im Landesjustizgebäude am Lehrter Bahnhof in Berlin statt. Anmeldung ist bis 10. September bei der Geschäftsstelle Berlin W., Meraner Str. 10, von wo auch die Ausstellungspapiere erhältlich sind, Einlieferung der Werke vom 28. bis 30. September. Die Ausstellung findet in einem ähnlichen äußeren Rahmen statt, wie die Jurystreie Kunstschau des Vorjahres.

Wulf. Oskar Reddal ist mit der Vollendung einer neuen Oper beschäftigt, deren Uraufführung im Herbst gleichzeitig in Trana und Wien stattfinden soll.

Eine bisher unbekannte Überstäre in G-moll von Brudner wird als deutsche Erkaufführung von Rudolf Schulz-Dornburg in einem der ersten Symphoniekonzerte des Bochumer städtischen Orchesters gespielt werden; das Werk erlebte jedoch seine Uraufführung im oberösterreichischen Klosterneuburg an der Donau durch die Philharmoniker.

Freunde der Liedkunst des Komponisten Armin Knab haben einen Aufruf zur Subskription auf dessen "Jüdische Gesänge aus den Knaben Wandertagen" erteilt. Der Aufruf ist u. a. unterzeichnet von Dr. R. G. Conrad, Dr. Ludwig Fuchs, Oskar Lang, Dr. Martin Knapp, G. R. Schellenberg, Prof. Martin Wölfler. Die Herausgeber des Aufrufs sind in den Wandertagenknaben den Organisationsleiter

bisherigen Schaffens. Der Erfolg des Aufrufs war bis jetzt so günstig, daß der Verlag Breitkopf & Härtel in Leipzig die Herausgabe der Bilder übernommen hat. Sie erscheinen im Spätherbst dieses Jahres; das Datum ist die Subskription noch offen (20 R. für den 48 Seiten umfassenden Band, bei portofreier Zustellung). Der spätere Ladenpreis wird bedeutend höher sein. Subskriptionsbedingungen werden nachstehendgenannt von Oskar Lang in München, Wagnerstraße 2 und von Dr. Martin Knapp, auf dessen Postfachkonto München 12222 die Beträge im voraus eingezahlt sind.

(N.) Aus den Sammlungen für Kunst und Wissenschaft: Das Eintrittsgeld beträgt künftig 1 bei dem Historischen Museum Montags 3 R., Mittwochs, Donnerstags und Sonnabends 1 R. (Sonntags, Dienstags und Freitags ist der Eintritt frei); 2 bei der Vorkellensammlung Sonntags 50 Pf., Sonnabends 3 R., an den übrigen Tagen 1 R.

Morgen, Donnerstag, nachmittags von 3 bis 4 Uhr, findet eine Führung durch die Skulpturensammlung zum Hofen des Vereins Heimatsinn für die Stadt Dresden unter Leitung des Hrn. Rudolf Dr. Walter Müller statt. Sie umfaßt deutsche und belgische Bildhauer der zweiten Hälfte des 19. Jahrhunderts (Wildebrand, Klingler, Reimer u. a.)

Theater, Konzerte, Vorträge.

Naturtheater "Heidepark" (Halle-Saluppe). Am Mittwoch, den 31. August, nachmittags 4 Uhr, wird noch eine Märchen-Vorstellung veranstaltet. Zur Aufführung kommt: "Das Götterfest". Märchen in drei Akten von E. Bodeker (in der Titelrolle: Felix Ewiger). Eintrittspreise: Kinder 50 Pf., Erwachsene 1 R.

